

18. Februar 2007, von Michael Schöfer

Wer kennt sie nicht...

...Winterjacken für 19, Sweatshirts für 9, Handschuhe für 3, fünf Paar Socken für 7 oder Lederschuhe für 35 Euro? Solche Preise sind "Otto Normalverbraucher" hochwillkommen, schließlich sinken die Reallöhne hierzulande seit Jahren kontinuierlich. Deshalb "Preise gut, alles gut", wie ein Bekleidungskonzern verspricht? Wohl kaum, denn die günstigen Angebote sind häufig mit extremer Ausbeutung erkaufte. Ein gar nicht aus dem Rahmen fallendes Beispiel: Der Lohnanteil einer chinesische Puppe, die in Deutschland für 9,99 Euro in den Regalen steht, beträgt ganze 46 Cent. Die Arbeiterinnen, die die Puppe herstellen, verdienen im Monat lediglich 70 bis 90 Euro. [1] Produktionskosten, mit denen in den entwickelten Industrienationen niemand konkurrieren kann. Selbst Spitzenverdiener, die es überhaupt nicht nötig hätten, profitieren ungeniert von frühkapitalistischen Verhältnissen andernorts: "Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in Japan kickten sich die deutschen Männer mit Adidas-Schuhen ins Finale. Kosten: 100 Euro pro Paar. Der Lohnanteil der teils in Indonesien genähten Schuhe betrug 0,40 Euro." [2]

Prognosen zufolge wird China spätestens in drei Jahren Deutschland als Exportweltmeister ablösen. Kein Wunder, die für China charakteristisch niedrigen Produktionskosten sind politisch gewollt. Unabhängige Gewerkschaften, Pressefreiheit und Parteienkonkurrenz sind unerwünscht - und dieser Zustand wird notfalls mit brachialen Methoden aufrechterhalten. Betriebe, die Produktionsstätten in Niedriglohnländer verlagern, und Handelskonzerne, die Billigprodukte auf den hiesigen Markt werfen, sind denn auch in Wahrheit gar nicht an einer Änderung der politischen Verhältnisse interessiert. Offiziell distanziert man sich zwar von diktatorischen Regierungen, doch de facto werden sie unterstützt. Man befolgt sogar die chinesischen Zensurvorschriften und liefert Regimegegner bereitwillig ans Messer, wie die Fälle Li Zhi, Shi Tao und Jiang Lijun, die "Yahoo" an die Behörden verraten hat, belegen. [3] Geld soll ja bekanntlich nicht stinken.

Nur wenn es dem eigenen Image schadet, wird eingelenkt. So sah sich der Turnschuhgigant Nike lange Zeit dem Vorwurf ausgesetzt, er profitiere von Kinderarbeit. Transparenz und unabhängige Kontrollen sollen das künftig verhindern. Doch helfen Selbstverpflichtungen, soziale Mindeststandards durchzusetzen, wirklich weiter? Zweifel daran sind berechtigt. 2005 hat Nike eine Liste mit allen Produktionsstätten vorgelegt. Standorte wie Bangladesch, China, El Salvador, Honduras, Indonesien, Malaysia, Sri Lanka, Thailand und Vietnam garantieren wohl niedrige Produktionskosten. Ob Nike jedoch in allen Fabriken tatsächlich die größten Auswüchse bei der Ausbeutung von Menschen verhindern kann, ist mehr als fraglich.

Freiwillige Selbstverpflichtungen sind ein beliebtes Mittel der Wirtschaft, um gesetzliche Vorgaben zu verhindern. Mit einer derartigen Selbstverpflichtung hat beispielsweise die deutsche Autoindustrie schärfere Abgasvorschriften bis dato erfolgreich verhindert - wohlwissend, dass sie die lauthals propagierten Ziele nicht einhalten wird. Selbstverpflichtungen verschaffen der Wirtschaft erst einmal Luft, wenn die Nichterfüllung offensichtlich wird, kann man immer noch den Reumütigen spielen. Oder, wie im Fall der Autoindustrie, weiter mauern. [4]

Was können Verbraucher, die meist gar nicht wissen, unter welchen üblen Bedingungen das von ihnen gekaufte Produkt hergestellt wird, tun? Billigprodukte beim Einkauf konsequent zur Seite legen? Auch das ist keine Garantie. Wie Naomi Klein in ihrem Buch "No Logo!" darlegt, werden selbst hochpreisige Angebote von Markenherstellern häufig unter höchst fragwürdigen Verhältnissen in Billiglohnländern produziert. Und mittlerweile ist die Auswahl

an Firmen, die darauf verzichten, denkbar gering, der Wechsel zu einem ethisch einwandfreien Konkurrenzprodukt somit in der Regel verwehrt.

Zum Glück gibt es Initiativen, die fair hergestellte Waren garantieren, etwa Transfair. Der Verein vergibt ein Siegel für fair gehandelte Produkte und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ministerium für Verbraucherschutz finanziell unterstützt. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass solch löbliche Initiativen bloß eine Feigenblattfunktion erfüllen. Kennzeichnend für die Industrie sind sie jedenfalls nicht, denn gesetzliche Vorgaben und eine eindeutige Kennzeichnungspflicht fehlen zu meist. Verbraucherschützer fordern deshalb ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz, das Unternehmen zwingt, über Produktionsbedingungen und Herstellungsweisen Auskunft zu geben.

Dennoch darf man die Verbrauchermacht nicht unterschätzen. Je größer die Nachfrage nach fair gehandelten Waren ist, desto mehr Aufmerksamkeit müssen ihnen die Konzerne schenken. Bewusstes Einkaufsverhalten ist daher ratsam, schließlich geben die erzwungenen Niedriglöhne in anderen Ländern Anlass, auch hierzulande das Lohnniveau spürbar zu senken. Will sich der Konsument nicht selbst den Ast absägen, auf dem er als Arbeitnehmer sitzt, ist eine Änderung des eigenen Verbraucherverhaltens unabdingbar.

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht darum, in Billiglohnländern sämtliche Produktionsstandorte wieder zu schließen. Vorerst werden technologisch rückständige Nationen weiterhin auf niedrige Löhne setzen müssen, da die Industrie dort andernfalls überhaupt keine Produktionsstätten ansiedeln würde. Doch geraten extreme Formen der Ausbeutung, Umweltzerstörung und politischer Unterdrückung durch bewusstes Verbraucherverhalten in die Bredouille. Die Erklärungsnot von Konzernen, die unsoziales und umweltschädliches Verhalten praktizieren, muss demzufolge enorm anwachsen. Auf deren Einsicht zu bauen, ist vergebens. Das Gesetz des Profits kennt keine Ethik. Aber am Geld sind sie zu packen.

[1] Joachim Jahnke, "China: Neuer Partner und Konkurrent in der Weltwirtschaft", Nachdenkseiten vom 19.07.2005

[2] DGB, Info-Brief Nr. 6, Dezember 2005, PDF-Datei mit 266 kb

[3] vgl. hierzu Golem.de vom 20.04.2006

[4] vgl. hierzu Ist der Klimawandel unumkehrbar? vom 05.02.2007